

Außenpolitik

Abstimmung über Veränderungen in der Konstitution – Demokratiebewegung hat bei Entwurf große Einwände

Verfassungsreform spaltet Ägypten

Von Klaus Huhold und Gerhard Lechner

- Befürchtung, dass sich Mubarak-Partei an der Macht hält.
- Sicherheitsdienst wird aufgelöst.

Kairo/Wien. Rabab el-Mahdi ist euphorisiert. "Ich werde am Samstag 35 Jahre alt und gehe zum ersten Mal wählen", sagt die ägyptische Demokratieaktivistin freudig. Die Politologin steht bei der Demokratisierung ihres Heimatlandes an vorderster Front. Schon lange ist sie in politischen und sozialen Organisationen aktiv, und sie war eine der Initiatorinnen der Proteste am Kairoer Tahrir-Platz, die das Regime von Hosni Mubarak zu Fall brachten.

Als Folge des Aufstandes werden am Samstag rund 45 Millionen Ägypter über eine neue Verfassung abstimmen. Und so euphorisiert el-Mahdi über das Referendum ist, so wenig gefällt ihr der Inhalt dessen, worüber abgestimmt wird. Sie wird sich mit einem Nein gegen die Änderungen in der Konstitution aussprechen – wie große Teile der Demokratiebewegung.

Eine vom regierenden Militärerrat eingesetzte Expertenkommission hat insgesamt elf Änderungen an neun Artikeln der geltenden Verfassung vorgeschlagen. So soll etwa die Amtszeit des Präsidenten beschränkt und die unter Mubarak immer manipulierten Wahlen unter richterliche Aufsicht gestellt werden. Und wenn die Verfassungsänderungen angenommen werden, sollen schon im September Parlamentswahlen stattfinden.

Genau hier setzt einer der Kritikpunkte der Aktivisten vom Tahrir-Platz an. Der Prozess geht ihnen zu schnell. "Die Revolution war ein Volksaufstand. 80 Prozent derjenigen, die sie getragen haben, sind politisch noch nicht organisiert", sagt el-Mahdi bei einem Journalistengespräch im "Wiener Institut für Internationale Entwicklung". Die Wahlen sollten daher frühestens Ende 2011 stattfinden. Und auch erst dann sollte ein gewähltes und aus allen Teilen der Gesellschaft zusammengesetztes Komitee eine grundlegend neue Verfassung erarbeiten, meint el-Mahdi.

"Alte Netzwerke aktiv"

Ähnliche Forderungen erhebt der katholisch-koptische Patriarch Antonios Naguib, der außerdem in einer neuen Verfassung den Artikel zwei, der den Islam als Staatsreligion und die Scharia als Hauptquelle des Rechts festschreibt, gestrichen haben will. "Wir wollen einen zivilen, religiös neutralen Staat", sagt der Kardinal.

Auch Mohammed el-Baradei, der bei den Präsidentenwahlen antreten will, übt Kritik. Der Ex-Chef der UN-Atomenergiebehörde IAEO warnt, der knappe Zeitplan würde nur jenen Kräften in die Hände spielen, die bereits über einen Parteiapparat verfügen – also Mubaraks Ex-Staatspartei NDP



Vernichtete Akten in einem Büro des Staatssicherheitsdienstes in Alexandria. Der verhasste Dienst bespitzelte unter Mubarak die Ägypter.
Foto: epa

und den Muslimbrüdern. Diese waren zwar unter Mubarak verboten, verfügen aber trotzdem über eine breite Organisationsbasis. Beide Gruppen sind für die Änderungen.

Generell haben viele Ägypter die Befürchtung, dass die alten Eliten im neuen Kostüm an der Macht bleiben. Die NDP würde noch immer von wohlhabenden und einflussreichen Leuten angeführt, sagt el-Mahdi.

Die NDP war auch immer eng mit dem Staatssicherheitsdienst verbunden, der die Bürger unter Mubarak bespitzelte und für Folter verantwortlich war. Nun kündigte Innenminister Mansur al-Issawi zwar an, dass der Staatssicherheitsdienst aufgelöst und von einer Behörde für Terrorismusbekämpfung ersetzt wird. Ob das aber auch das Ende der alten Netzwerke bedeutet? Zumindest der Abgang Mubaraks stellte für die Mitarbeiter des Dienstes keine wirkliche Zäsur dar: So berichtet el-Mahdi, dass sie einen Vortrag an einer großen Kairoer Universität gehalten habe. Und im Publikum erkannte sie viele Gesichter der Staatssicherheit – im Unterschied zu früher nicht in Uniform, sondern in Zivilkleidung.

Arbeitsplatz-Probleme

Die innere Sicherheit ist aber nur eines der brennenden Probleme Ägyptens im Übergang zur Demokratie. Auch soziale Probleme könnten für Ungeduld mit dem Transformationsprozess sorgen.

Der Ägypten-Experte Asiem El Difraoui von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin gibt zu bedenken, dass jene rund 600.000 Ägypter, die aus dem umkämpften Libyen zurück strömen, das Gedränge auf dem Arbeitsmarkt noch verschärfen. Auch die Einnahmen, die sie bisher ihren Familien nach Hause schicken konnten, fallen weg. "Bereits 1991, zur Zeit des ersten Golfkrieges, hatte die Flucht der rund ein bis zwei Millionen Ägypter aus dem damals noch reichen Irak am Nil große ökonomische Probleme verursacht", erinnert El Difraoui gegenüber der "Wiener Zeitung".

Die hohen Erwartungen vieler Menschen auf einen sicheren Arbeitsplatz könnten bald einen argen Dämpfer bekommen. Zumal manche Beobachter auch auf den Umstand hinweisen, dass es in Ägypten erhebliche strukturelle Defizite gibt: "Waren unter Präsident Gamal Abdel Nasser in den 1950er und 60er Jahren noch große Bildungsprogramme initiiert worden, wurde das ägyptische Bildungssystem in den letzten Jahren durch die neoliberale Politik Mubaraks und unter dem Druck des Weltwährungsfonds IWF zunehmend ausgedünnt", sagt Cengiz Günay vom Österreichischen Institut für Internationale Politik. Er weist darauf hin, dass sich gerade unter der revoltierenden Jugend auf dem Tahrir-Platz viele befanden, die nur eine rudimentäre Ausbildung genossen haben – sie haben kaum Aussicht auf Arbeit.



Printausgabe vom Freitag, 18. März 2011
Online seit: Donnerstag, 17. März 2011 19:40:00

Kommentar senden:

Name:

Mail:

Überschrift: